

P R O T O K O L L  
der 380. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 22. November 2016
Zeit	19.30 – 21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Raaflaub Ruth
Mitglieder	Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Jordi Kevin, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Lauper Reto, Legler Bettina, Mäder Renate, Mallepell Elisabeth, Müller Frei Lisa, Racine Raphael, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, von Gunten Adrian, Wälti Mathias, Wegmüller Beat, Weibel Raphael
Stimmenzählende	Brunner Joe, Reimers Markus (entschuldigt)
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Marti Thomas, Leiter Umwelt + Verkehr (Trakt. 5) Rickenbach Rolf, geschäftsführender Schulleiter (Trakt. 8)
Entschuldigt abwesend	GGR: Humm Martin, Kästli Marc, Reimers Markus, Waber Rudolf GR: Pedinelli Stotz Daniela
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 12

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2016	600
2	Datenschutzreglement; Totalrevision	601
3	Überführung von Liegenschaften vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen	607
4	Sanierung Stadttheater Bern; Gemeindebeitrag - Abrechnung	608
5	Übernahme öffentliche Beleuchtung; Verpflichtungskredit	608
6	Regionalkommission; Berichterstattung	611
7	Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates"; Abschreibung	611
8	Postulat forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen; Schlussbericht	613
9	Interpellation Kästli/Schmitter (FDP): Schleichverkehr im Villettequartier	621
10	Einfache Anfrage Racine (SP): sicherer Kinderspielplatz	621
11	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	621
12	Neue parlamentarische Vorstösse	621

Die Vorsitzende eröffnet die 380. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Seitens der Verwaltung begrüsse sie Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, sowie Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter, welche bei den Traktanden 5 und 8 zur Verfügung stehen würden.

Markus Reimers, Stimmzähler, werde etwas später kommen. Sofern die Ratsmitglieder einverstanden seien, werde die Protokollführerin bis zu seinem Eintreffen seine Stimmen zählen. Ansonsten müsste ein a.o. Stimmzähler gewählt werden.

Es werden keine Einwände dagegen erhoben.

**Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

**1 Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2016**

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

## 2 **Datenschutzreglement; Totalrevision**

Peter Kneubühler führt namens der GPK aus, wie in der Botschaft erwähnt, liege der Ursprung des vorliegenden Geschäfts über zwei Jahre in der Vergangenheit. Schon an ihrer Sitzung vom 5. März 2014 habe sich die GPK als kommunale Datenschutzaufsichtsstelle mit der Frage einer externen Abklärung der gemeindeeigenen Datenschutzgrundlagen befasst. An dieser Sitzung habe der Gemeinderat gegenüber der GPK zu erkennen gegeben, dass er es begrüssen würde, wenn die GPK extern überprüfen liesse, ob die Datenschutzbestimmungen auf Gemeindeebene ausreichend und aktuell seien oder ob allenfalls Handlungsbedarf bestehe, etwas zu ändern. Die GPK habe in der Folge das Anliegen des Gemeinderats aufgenommen und eine derartige Untersuchung durch einen externen Profi befürwortet. Nach Abwägen von zwei Offerten habe die GPK schliesslich Rechtsanwalt Kurt Stöckli, ein ausgewiesener Kenner der Materie, zu einem kurzen Hearing an die Sitzung vom 15. Oktober 2014 eingeladen. Im Anschluss habe die GPK Rechtsanwalt Kurt Stöckli den Auftrag erteilt, die geltenden kommunalen Datenschutzbestimmungen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und gleichzeitig die Führung des Geschäfts dem Gemeinderat übergeben. Am 10. November 2014 habe Kurt Stöckli in schriftlicher Form Bericht erstattet. Sein Fazit habe gelautet, Muri-Gümligen sei punkto datenschutzrechtlicher Erlasse sehr gut aufgestellt. Trotzdem gebe es Lücken, welche eine Anpassung des Datenschutzreglements notwendig machen würden. Gleichzeitig dränge sich das Verfassen einer Datenschutzverordnung auf, um den Vollzug des Datenschutzreglements zu regeln.

Nach Kenntnisnahme dieser Ergebnisse habe der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 2. Februar 2015 Rechtsanwalt Kurt Stöckli den Auftrag erteilt, die kommunalen Datenschutzerlasse sozusagen auf Vordermann zu bringen. Aufgrund der vollen Agenda des Gemeinderats und der Verwaltung sei das Dossier im Jahr 2015 in eine Art Dornröschenschlaf gefallen und erst im laufenden Jahr wieder zu neuem Leben erweckt worden. Dafür sei es mit umso mehr Elan angepackt worden. Das totalrevidierte Datenschutzreglement sei im vergangenen Sommer sogar in eine öffentliche Vernehmlassung geschickt worden. Von dieser sei rege Gebrauch gemacht worden; leider nicht von allen Parteien, die heute Abend noch etwas dazu sagen würden. Die Eingaben seien von Rechtsanwalt Kurt Stöckli sorgfältig geprüft und zuhanden des Gemeinderats bzw. des Parlaments beantwortet worden. Die Totalrevision des Datenschutzreglements sei mit äusserst grossem Sachverstand und in enger Begleitung durch die GPK zur heutigen Beschlussreife gebracht worden. Gemäss dem Sprichwort "was lange währt, wird endlich gut" verfüge Muri-Gümligen nun wieder über die erforderlichen, zeitgemässen Datenschutzgrundlagen. Die GPK empfehle dem Parlament einstimmig, das totalrevidierte Datenschutzreglement zu erlassen und per 1. Januar 2017 in Kraft zu setzen. Im Sinne eines "Postdiktum" möchte er zum Schluss gerne noch mitteilen, dass ihm durch die FDP/jf-Fraktion auf relativ direktem Weg zugetragen worden sei, dass sie der Empfehlung der GPK folge und zu Gunsten eines effizienten Ratsbetriebs auf ein Fraktionsvotum zu diesem Geschäft verzichte.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er könne vollumfänglich auf den Vorredner verweisen und habe nichts zu ergänzen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt, sie gehe davon aus, dass sie den Rückweisungsantrag vor dem Eintreten stellen müsse, bevor der Rat in die Beratung steige. Sie sei sich bewusst, dass sich das forum heute mit diesem Rückweisungsantrag nicht wahnsinnig beliebt mache. Es sei auch nicht einfach gewesen, diesen Entscheid zu fällen. Es seien alle der Meinung gewesen – nota bene auch die forum-Fraktion –, dass das Geschäft gut aufgegleist sei und es nicht viel zu bemängeln

gebe und es sei daher nicht angenehm, in letzter Sekunde mit anderen Überlegungen zu kommen. Im Sinn des Geschäfts und der Sache selbst habe das Forum aber beschlossen, die Winkelriedrolle für den Datenschutz zu übernehmen und sie möchte dem Rat kurz darlegen, weshalb das Forum zu diesem Schluss gelange. Es seien nicht eigene Einschätzungen, die dazu geführt hätten, sondern es handle sich um eine Expertenmeinung, die qualitativ sicher ähnlich einzustufen sei, wie die Expertise von Rechtsanwalt Stöckli.

Insbesondere gehe es um zwei Artikel, nämlich um Art. 6 sowie um Art. 13. In Art. 6 gehe es um Listenauskünfte aus anderen Datensammlungen. Der Artikel sei relativ offen formuliert; es werde einfach gesagt, dass man ein speziell schützenswertes Interesse haben müsse. Es sei auch nicht klar dargelegt, wer eigentlich Anspruch hätte. Es sei eine recht offene Formulierung, für dass es sich um einen Artikel handle, der in dieser Form eigentlich keine entsprechende direkte Grundlage im kantonalen Datenschutzgesetz habe. Anders als Art. 3, welcher Listenauskünfte aus der Einwohnerkontrolle betreffe und quasi *tel quel* inhaltlich aus dem kantonalen Datenschutzgesetz komme, sei dies bei Art. 6 in dieser Form nicht der Fall. Dort sei vermutlich Art. 11 der entsprechende parallele Artikel; aber dieser sei relativ eng gefasst, nicht wie der vorliegende Art. 6. Hier liege eine gewisse Diskrepanz vor und es gehe grundlegend um die Fragen, was man überhaupt abrufen könne und was für Interessen man geltend machen müsse, wie die Daten geschützt seien oder eben nicht.

Beim zweiten Artikel gehe es um Art. 13, insbesondere um die Formulierung betr. die Gebühren in Abs. 2, unterstes Alinea: "*Andere umfangreiche Arbeiten, insbesondere wenn die ersuchende Person zu widerrechtlicher Bearbeitung Anlass gegeben hat*". Eine Gemeinde dürfe nun aber gar keine widerrechtliche Bearbeitung vornehmen. Falls es tatsächlich so weit kommen würde, würde dies bedeuten, dass die Gemeinde einen Fehler begangen hätte. Sie vermute, dass etwas anderes gemeint sei mit dieser Formulierung. So wie es hier stehe finde sie es selbst ohne Rechtsexpertise einleuchtend, dass bei der Formulierung etwas schief gelaufen sei. Ebenfalls bemängelt werde die Tatsache, dass anfechtbare Verfügungen erlassen werden müssten, wenn es um Gebühren gehe oder auch, wenn Auskunftsbegehren nicht oder nur teilweise akzeptiert würden. Zum Teil würden Verfügungen im Reglement vorkommen, aber gewisse Fälle seien schlicht nicht geregelt und es sei nichts enthalten, was die rechtlichen Möglichkeiten anbelange.

Dies seien die wichtigsten Gründe, welche die Forum-Fraktion von einer Expertise zur Kenntnis genommen habe. Angesichts der Tatsache, dass das Datenschutzreglement nicht wahnsinnig dringend sei – morgen passiere nichts, wenn es heute nicht verabschiedet werde –, wäre keine Gefahr in Verzug, wenn der Rat heute beschliesse, sich noch etwas mehr Zeit zu geben, um die Einwände sauber abzuklären. Vielleicht habe alles seine Richtigkeit, vielleicht auch nicht; sie könne es schlicht nicht beurteilen. Sie würde es auch wichtig finden, wenn die Person, die den Entwurf ausgearbeitet habe, dazu Stellung nehmen könnte. All dies sei heute Abend nicht möglich, weshalb die Forum-Fraktion zum Schluss gekommen sei, dass es nicht einzusehen wäre, weshalb man nicht etwas mehr Zeit aufwenden könnte, um das Reglement nochmals anzuschauen und halt in der neuen Legislatur zu verabschieden. In diesem Sinn stelle das Forum einen Rückweisungsantrag. Nicht weil es das Geschäft nicht wolle oder der Meinung sei, es handle sich um einen Blödsinn oder es sei ganz kreuzfalsch, sondern weil es finde, es seien relativ wichtige Einwände, bei denen es nicht nur um Formulierungen allein gehe, sondern teilweise auch um Grundsätze, die sauber abgeklärt werden müssten. Dafür sollte die nötige Zeit zur Verfügung stehen.

Die Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen zu diesem Rückweisungsantrag.

Thomas Hanke erklärt, wie Gabriele Siegenthaler Muinde ausgeführt habe, handle es sich um eine Expertenmeinung. Eine Expertenmeinung sei immer eine persönliche Begutachtung einer Situation. Ein zweiter Experte sage etwas anderes und ein dritter noch einmal etwas anderes. Er wolle festhalten, dass man sich in einem engen Korsett bewege; von den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften her bestehe nicht viel Handlungsspielraum. Rechtsanwalt Kurt Stöckli habe das Datenschutzreglement von Biel, Thun, Köniz und Steffisburg gemacht. Die dortigen Datenschutzreglemente würden in diesen Punkten ziemlich genau gleich lauten. Die Reglemente seien alle schon in Kraft und würden funktionieren. Letztlich entscheide zudem ohnehin der Richter, auch wenn ein Experte sage, am Legalitätsprinzip sei eventuell etwas nicht ganz richtig. Die Meinung des – nicht namentlich erwähnten – emeritierten Professors für Öffentlichkeitsrecht müsse man im Übrigen schon genauer betrachten, führe er doch aus "... verletzt damit **eigentlich** das Legalitätsprinzip ..." und nicht ganz klar "... verletzt damit das Legalitätsprinzip ...". Er orte also selber in seiner Aussage eine gewisse Bandbreite. Es gebe zudem Fälle, in welchen eine Bearbeitung in der Gemeinde stattfindet, bevor man beurteilen könne, dass es eigentlich eine widerrechtliche Auskunft wäre, wenn z.B. gewisse Sachen beim Antrag auf Listenauskunft noch nicht offengelegt worden seien. In solchen Fällen könne eine Gebühr verlangt werden. Und schliesslich sei es einfach so, dass gemäss Verwaltungsrecht ein Verwaltungsakt – eine Gebühr – mit einer Verfügung erlassen werden müsse. Dies müsse hier nicht festgehalten werden, da es bereits im Gebührenreglement enthalten sei. Art. 13 "verhebe" in sich, da eine beschwerdefähige Verfügung schon gemäss Gebührenreglement vorgesehen sei. Es handle sich demnach um eine persönliche Äusserung eines offenbar anerkannten Juristen, die aber eine Bandbreite zulasse. Gestützt auf die bisherigen Abklärungen und auf den bisherigen Werdegang gehe der Gemeinderat davon aus, dass ein Reglement vorliege, welches von heute auf morgen eingesetzt werden könne. Die Zusatzfragen würden zu keinem anderen Schluss als heute vorliegend führen. Der Gemeinderat beantrage daher Eintreten.

Markus Bärtschi (SVP) führt aus, er möchte vorab eine Lanze für das Forum brechen. Nicht weil er am Schluss mit dem Antrag materiell einverstanden sei, aber er sei dafür, dass man ihn ohne schlechtes Gewissen und ohne Entschuldigung hier im Rat stellen könne. Ein Vernehmlassungsverfahren könne und dürfe nicht die parlamentarische Arbeit ersetzen, auch nicht in Teilen. Die Ratsmitglieder müssten frei bleiben, sich hier jederzeit eine Meinung zu bilden und allenfalls auch zu ändern, entgegen den Beschlüssen, die sie vorgängig gefasst hätten. Man habe nun sehr wenig Vorlauf gehabt, um die drei Punkte, die geltend gemacht würden, genau zu prüfen. Er habe sich trotzdem Mühe gegeben, sie schnell anzuschauen. Unter Berücksichtigung des überrechtlichen Korsetts, in dem wir uns bewegen würden, seien seine Überlegungen die Folgenden: Zu Art. 6 Blackbox: Sie hätten jeweils eine Liste aller, die gewerbliche Abfallgrundgebühren bezahlen würden, bezogen, um diese anschreiben zu können. Dies sei nach ihm im Rahmen dieses Reglements eine zulässige Verwendung. Die Einschränkung, dass es keine personenbezogenen, besonders schützenswerten Daten sein dürften, lasse die mögliche Anzahl derartiger Listen – die dann noch für irgendjemanden von Interesse sein könnten – faktisch doch sehr zusammenschrumpfen. Bei der "widerrechtlichen Bearbeitung" in Art. 13 Abs. 2 handle es sich nach ihm um einen Schönheitsfehler, der aber keine Grundlage schaffe, dass die Gemeinde widerrechtlich Daten bearbeite. Dies könnte man allenfalls im Zug der Bearbeitung beheben/streichen; aber selbst wenn die Formulierung so belassen würde, wäre es für ihn ein blosser Schönheitsfehler. Zur Frage der Verfügung betr. Art. 13: Dies sei allgemeines Verwaltungsrecht, da gehe er mit dem Gemeindepräsidenten einig. Selbstverständlich habe man Anrecht auf eine beschwerdefähige Verfügung, wenn man sie verlange. Selbstverständlich werde aber auch nicht jede Kleingebühr als erstes in der vollen Form einer Verfügung eingefordert. Wenn man nicht zufrieden sei, könne man eine verlangen und so wie er unsere Gemeinde

kenne, erhalte man sie selbstverständlich auch. Nach ihm sei es unnötig, hier explizit auf den Verfügungscharakter der Rechnung hinzuweisen.

Er mache beliebt, auf das Geschäft einzutreten und wenn er gerade stehe, sage er auch schnell die beiden Sätze, die er für nach dem Eintreten vorbereitet habe. Die SVP danke dem Gemeinderat für das Vernehmlassungsverfahren, für die Gelegenheit zur Mitwirkung. Die daraus ersichtlichen Überlegungen könne man nachvollziehen und unterstützen. Es wäre aber schön, wenn der Gemeinderat seine eigenen Motive und Überlegungen zu Handen der Materialien in der Botschaft auch darstellen und sich nicht schwergewichtig oder fast ausschliesslich auf die Diskussion der Vernehmlassungseingaben beschränken würde. Trotzdem könne eine Vernehmlassung eine gute Sache sein und bei der SVP habe diese nun eigentlich dazu geführt, dass sie gewillt sei, der Vorlage zuzustimmen.

Andreas Damke (FDP) führt aus, seiner Meinung nach wäre es sachdienlich, wenn man wissen würde, wie der Experte heisse, auf den sich das Forum berufe. Wenn schon eine Expertenmeinung ins Feld geführt werde, würde er es nur als legitim erachten, diesen auch mit Namen zu nennen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Forum) erklärt, sie habe zwar keine Gelegenheit gehabt, nochmals mit ihm zu sprechen, sie verstehe aber das Anliegen durchaus. Es handle sich um Herrn Prof. Rainer Schweizer von der Uni St. Gallen.

Sie wolle zu zwei aufgenommenen Punkten nochmals Stellung nehmen. Sie gehe natürlich davon aus, dass die Gemeinde ihre Auswahl des Experten sorgfältig getroffen habe. Deshalb erstaune es sie gar nicht, dass diese Person schon weitere Datenschutzreglemente erstellt habe. Es sei aber auch so, dass ein Datenschutzreglement erst dann wirklich überprüft werde, wenn es einmal einen Rechtsfall gebe und nicht einfach, wenn es erlassen sei. Insofern könne man zwar etwas daraus ablesen, aber noch nicht alles. Es sei also nicht gesagt, dass wenn eine Bestimmung in anderen Datenschutzreglementen genau so stehe, sie deswegen Hand und Fuss habe. Sie wolle bezüglich Art. 6 sodann nochmals auf das kantonale Datenschutzgesetz zurückkommen. Dort gebe es die Bekanntgabe von Daten an Private in zwei Formen, nämlich im Allgemeinen und durch die Einwohnerkontrolle. Im Allgemeinen sei dies sehr restriktiv formuliert: Entweder, wenn eine gesetzliche Ermächtigung für die Behörde vorhanden sei, die Daten herauszugeben, oder wenn die betroffene Person zugestimmt habe. Oder es handle sich um allgemein zugängliche amtliche oder amtlich bewilligte veröffentlichte Daten. Was im vorliegenden Gemeindereglement enthalten sei und quasi weiter gehe, sehe sie bei ihrer Lektüre im kantonalen Datenschutzgesetz so nicht. Bei Art. 13 handle es sich teilweise um eine Formulierungsfrage. Aber nehme man das Recht der Einsichtnahme in das Register oder das Recht auf Einsichtnahme in die eigenen Daten, die in Datensammlungen enthalten seien, so könnte man das durchaus als einfache schriftliche Auskunft verstehen, die CHF 40.00 koste. Dies sei aber natürlich nicht so, sondern eigentlich in Abs. 1 enthalten. Es sei alles nicht wahnsinnig klar formuliert und wenn man die Verfügung nochmals hervorhole, so sei zu erwähnen, dass anfechtbar auch Verfügungen punkto Auskunftsanfragen oder punkto Recht auf Vernichtung oder punkto Recht auf Berichtigung seien. Dies komme in diesem Reglement überhaupt nicht vor. Vielleicht, weil man sich auf den Standpunkt stelle, dies sei im kantonalen Gesetz und man wolle dies gar nicht in unser Reglement aufnehmen. Dies seien aber alles Fragen, die schlussendlich mit der Rechtsposition der betroffenen Person, um deren Daten es gehe, etwas zu tun hätten. Es stelle sich schon die Frage, ob dazu nicht etwas im Reglement stehen sollte.

Die Vorsitzende erkundigt sich, ob jemand aus den Fraktionspräsidien das Bedürfnis nach einem Time-out habe, bevor man zur Abstimmung über das Eintreten schreite.

Dies ist nicht der Fall.

Abstimmung über das Eintreten

Eintreten wird mit 29 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung beschlossen.

**Fraktionserklärungen:**

Eva Schmid führt aus, die SP-Fraktion bedanke sich bei der GPK, welche diese Totalrevision veranlasst habe, und auch beim Gemeinderat, welcher sie in Auftrag gegeben habe. Die SP-Fraktion habe den Eindruck erhalten, dass Rechtsanwalt Stöckli seriöse, gute Arbeit geleistet habe und würdige dies entsprechend. Zudem habe es die SP geschätzt, dass die verschiedenen in der Vernehmlassung eingebrachten Punkte in der Vorlage reflektiert und kommentiert worden seien. Dies sei sehr hilfreich gewesen. Ausserdem sei eine vor der heutigen Sitzung gestellte Frage nach der Definition von "privaten Personen" sehr schnell via Gemeinde von Herrn Rechtsanwalt Stöckli beantwortet worden. Mit der Definitionsfrage komme sie schon zu einem für die SP wichtigen Anliegen aus der Vernehmlassung: Die Rechtsgrundlagen auf kommunaler Ebene sollten für alle Bürgerinnen und Bürger leicht verständlich sein und deshalb sei man der Meinung gewesen, es sei etwas kompliziert, wenn man Begriffe im übergeordneten Recht suchen müsse. Daher sei die SP sehr froh über den Anhang mit den Definitionen. Ebenfalls begrüsse die SP, dass bei den Einzelauskünften ergänzt worden sei, dass es – wie bei den Listenauskünften – ein schützenswertes Interesse brauche. Es wäre ansonsten eine Diskrepanz, wenn für Listenauskünfte die höhere Hürde gelten würde, als für Einzelauskünfte. Die SP habe noch angeregt, auf die Bekanntgabe der Einwohnerkontroll- und Familiennummer an die Kirchgemeinden zu verzichten. Daran werde – zumindest auf kommunaler Ebene – nicht festgehalten und man wolle kein Politikum daraus machen, dies sei effektiv im kantonalen Gesetz so geregelt. Zum Rückweisungsantrag könne sie sich nicht äussern. Man habe zu kurzfristig davon Kenntnis erhalten, um sich eine Meinung bilden zu können. Die Ausführungen des Gemeindepräsidenten und von Markus Bärtschi, dass der Punkt betreffend Verfügungen im VRPG geregelt sei, hätten sie aber beruhigt. Die SP beantrage Zustimmung zur Totalrevision.

Die Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen, nachdem die beiden Fraktionserklärungen von Peter Kneubühler (FDP) und Markus Bärtschi (SVP) schon zu hören gewesen seien. Da dies nicht der Fall sei, gelange man zur artikelweisen Durchberatung des Reglements. Über allfällige Abänderungsanträge werde beim entsprechenden Artikel sofort abgestimmt.

**Artikelweise Beratung des Reglements**

Art. 1, Zweck

Keine Bemerkungen

Art. 2, Geltungsbereich

Keine Bemerkungen

Art. 3, Listenauskünfte; Grundsatz

Keine Bemerkungen

Art. 4, Datensperre  
Keine Bemerkungen

Art. 5, Listenauskünfte aus der Einwohnerkontrolle  
Keine Bemerkungen

Art. 6, Listenauskünfte aus anderen Datensammlungen  
Keine Bemerkungen

Art. 7, Einzelauskünfte aus der Einwohnerkontrolle  
Keine Bemerkungen

Art. 8, Einzelauskünfte aus anderen Datensammlungen  
Keine Bemerkungen

Art. 9, Bekanntgabe von Einwohnerkontroll- und Familiennummern an die Kirchengemeinde  
Keine Bemerkungen

Art. 10, Information auf Anfrage  
Keine Bemerkungen

Art. 11, Abrufverfahren  
Keine Bemerkungen

Art. 12, Aufsichtsstelle  
Keine Bemerkungen

Art. 13, Gebühren

Markus Bärtschi (SVP) erklärt, er stelle den Antrag, bei Abs. 2 den Rest nach "... - Andere umfangreiche Arbeiten, Aufwandgebühr II ..." (ab "insbesondere ...") zu streichen. Ihm sei nicht ganz klar, was damit gemeint sei und mit der entsprechenden Streichung könnte der Schönheitsfehler ausgemerzt werden.

Thomas Hanke führt aus, er habe sich vorhin überlegt, ob er einen solchen Antrag stellen solle und sei nun froh, dass Markus Bärtschi dies tue. Der Gemeinderat könne sehr gut damit leben.

Abstimmung über den Antrag von Markus Bärtschi (SVP)

Art. 13 Abs. 2 neu:

*Für gebührenpflichtige Leistungen legt der Gemeinderat die Ansätze fest, welche maximal betragen dürfen:*

- Einfache schriftliche Auskünfte	CHF	40.00
- Ausgedruckte Jahrganglisten pro Jahrgang	CHF	100.00
- Abweisende Verfügungen	Aufwandgebühr II	
- Andere umfangreiche Arbeiten	Aufwandgebühr II	

Der Antrag wird mit 34 Ja bei 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 14, Vollzug  
Keine Bemerkungen

Art. 15, Inkrafttreten und Aufhebung bisherigen Rechts  
Keine Bemerkungen



### Glossar und Abkürzungen

Keine Bemerkungen

Eva Schmid (SP) führt aus, die SP-Fraktion habe noch eine Anregung zur Datenschutzverordnung. Selbstverständlich sei sie sich bewusst, dass diese in die Kompetenz des Gemeinderats falle. Aus Artikel 3 Abs. 2 betreffend die Einzelauskünfte über Steuerdaten gehe nicht hervor, dass man sich der Änderung von Art. 164 des kantonalen Steuergesetzes (StG) bewusst sei. Das Steuerregister dürfe nicht mehr veröffentlicht werden, das sogenannte "Lugibüechli" werde abgeschafft. Auskünfte dürften nur nach den Vorgaben von Art. 164 StG bzw. bei Nachweis eines wirtschaftlichen Interesses erteilt werden. Dies sei nur ein Hinweis.

Thomas Hanke erklärt, er nehme dies gerne auf. Nach ihm bedeute dieser Artikel, dass wenn Einzelauskünfte in Steuersachen erteilt werden dürften, dies eben durch das Steuersekretariat zu erfolgen habe. Ob eine Auskunft erteilt werden dürfe oder nicht, werde damit nicht mitgeteilt. Dies werde aber noch abgeklärt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Peter Kneubühler noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (28 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen)

Das totalrevidierte Datenschutzreglement wird erlassen und per 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt.

### **3 Überführung von Liegenschaften vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen**

Christian Spycher erklärt, die GPK habe sich an ihrer Sitzung eingehend mit dem Thema Abgrenzung unter HRM2 im Verwaltungsvermögen oder Finanzvermögen auseinandergesetzt. Die einzelnen Objekte seien in der Botschaft aufgelistet und mit den Faktoren 1,4 oder 1,0 x den amtlichen Wert als Buchwert neu dargestellt. Die Werkhofwohnungen seien neu mit CHF 2.6 Mio. als buchhalterischer Restwert aus den Wohnungssanierungen im Finanzvermögen, da die Wohnungen nicht zwingend durch Angehörige der Feuerwehr genutzt, sondern allenfalls auch Dritten zur Verfügung stehen würden. Zusammenfassend habe die Überführung keine finanziellen Folgen für die Gemeinde, abgesehen vom positiven Effekt, dass die in den Jahren 2013 und 2014 getätigten Sanierungsarbeiten der Wohnungen Seidenberggässchen 23 nicht mehr über die Erfolgsrechnung abzuschreiben seien, was einen jährlichen Minderaufwand von CHF 220'000.00 in den nächsten 12 Jahren bedeute. Die GPK beantrage dem Grossen Gemeinderat die Annahme des vorgelegten Antrags des Gemeinderats.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Matthias Gubler führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, aufgrund der neuen Rechnungslegung nach HRM2 müsse die Bilanz rückwirkend auf den 1.1.2016 bereinigt werden. Neu müssten Liegenschaften, welche im Eigentum der Gemeinde seien und nicht direkt mit dem Betrieb von Verwaltungsaufgaben zusammenhängen würden, ins Finanzvermögen überführt werden. Konkret betreffe dies den Landwirt-

schaftsbetrieb im Bodenacker, die Wohnungen im Feuerwehrwerkhof (wobei hier explizit nur die vermieteten Wohnungen, nicht aber der Werkhof und das Feuerwehrmagazin betroffen seien), das ehemalige Personalhaus in der Nussbaumallee, das ehemalige Dienstgebäude am Friedhof und das Landwirtschaftsgebäude am Egghölzliweg. Diese Liegenschaften würden periodisch neu zum Verkehrswert bewertet. Für die FDP/jf-Fraktion sei dies eine logische Positionsänderung, der natürlich zugestimmt werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Christian Spycher als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Überführung folgender Liegenschaften aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen:

- Landwirtschaftsbetrieb, Bodenackerweg 1 - 4
- Wohnungen Werkhof / Feuerwehr, Seidenberggässchen 23
- Ehemaliges Personalhaus Altersheim, Nussbaumallee 2e
- Ehemaliges Dienstgebäude Friedhof, Friedhofstrasse 3
- Landwirtschaftsgebäude, Egghölzliweg 18 (1/2 Anteil) / 18a

#### **4 Sanierung Stadttheater Bern; Gemeindebeitrag - Abrechnung**

Die Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über die Leistungen der Gemeinde Muri bei Bern an die Sanierung des Stadttheaters im Umfang von CHF 282'007.70 wird genehmigt.

#### **5 Übernahme öffentliche Beleuchtung; Verpflichtungskredit**

Die Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, bei Bedarf zur Verfügung.

Daniel Arn erklärt, der GPK sei durch Christian Staub und Thomas Marti, ausgerüstet mit vielen Plänen, das Geschäft intensiv vorgestellt worden. Der GPK sei schlüssig dargelegt worden, weshalb in einem ersten Schritt die Lichtpunkte und erst in einem zweiten Schritt die unterirdische Netzinfrastruktur übernommen werden sollten. Bei der Netzinfrastruktur handle es sich um viele Kilometer Rohre und Kabel, immer wieder ein bisschen gehöre der Gemeinde und immer wieder ein bisschen der BKW. Es sei für die GPK nachvollziehbar gewesen, dass zuerst dieser Flickenteppich sauber entflechtet werden müsse und erst dann gehandelt werden könne. So habe die Gemeinde Zeit, ein Konzept zu erarbeiten und Überlegungen anzustellen, ob oder wie und wann oder überhaupt die Rohre und Leitungen von der BKW übernommen werden sollten. Der GPK sei auch dargelegt worden, dass die BKW schriftlich zugesichert habe, dass der Contracting Vertrag, der Ende Jahr ablaufe, auch nach der Übernahme der Lichtpunkte weitergeführt werde. Dies bedeute eine Versorgungs-

sicherheit. Die GPK beantrage dem Grossen Gemeinderat einstimmig, den Antrag gemäss Botschaft anzunehmen.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, ergänzend zum Vortrag und zu den Ausführungen von Daniel Arn habe er noch einige weitere: Das vorliegende Geschäft habe sich als sehr komplex bezüglich Umfang – Stichwort Gesamtpaket – und der Beurteilung der von der BKW vorgelegten Verkaufsofferte erwiesen. Wir seien nicht die erste und einzige Gemeinde, die mit der BKW in Verhandlungen stehe oder gestanden sei. Gemäss Aussage der BKW seien bereits mit einer Vielzahl von Berner Gemeinden entsprechende Abschlüsse getätigt worden. Man wisse aber nicht, weshalb es bei diesen relativ einfach gegangen sei; vermutlich wegen dem, was sich bei uns unter dem Boden befinde. Ursprünglich sei geplant gewesen, das Gesamtpaket – bestehend aus der Netzinfrastruktur und den Lichtpunkten – von der BKW zu übernehmen. Bei näherem Hinschauen habe man aber festgestellt, dass bei verschiedenen Punkten noch beträchtliche Differenzen bestehen würden. Ob wir die einzigen seien, die solche Differenzen festgestellt hätten, entziehe sich seiner Kenntnis. Das nun zu bewilligende Paket betreffe die Übernahme der Lichtpunkte und sei gemäss Einschätzung der Gemeinde unbestritten. Mit dem Versorgungs- und Leistungsauftrag mit der BKW aus dem Jahr 2007 sei eine Inventarliste erstellt worden, welche jährlich aktualisiert worden sei. Zudem bestehe eine jährlich anzupassende Leistungs- und Preisliste. Der Wert könne so sauber nachvollzogen werden. Dies sei auch der Grund, weshalb man beim ersten Teil so weit sei, dass er nun abgeschlossen werden könne. Das zweite Paket mit der unterirdischen Netzinfrastruktur sei wesentlich komplizierter und komplexer; es brauche weitere Verhandlungen mit der BKW. Thomas Hanke werde dazu noch anhand eines Modells etwas sagen.

Thomas Hanke verweist vorab auf einen Tippfehler: Auf Seite 3 der Botschaft müsste es natürlich wie im Antrag CHF 940'000.00 heissen; dort fehle eine Null. Gekauft werde nun das, was oberirdisch und worüber man mit der BKW einig sei. Unterirdisch müssten wir ca. 72 km Kabel für die Beleuchtungsstromversorgung kaufen; dafür sei der Preis in der Zwischenzeit auch definitiv geregelt. Die Verhandlungen seien nicht ganz einfach gewesen. Rund 26 km des Kabels seien in derartigen (*zeigt dies anhand eines Modells*) Kabelschutzrohren und diese würden ausschliesslich der Gemeinde gehören. Rund 44 km seien Niederspannungsversorgungs-Kabelschutzrohre der BKW (*zeigt dies wiederum anhand des Modells*), welche die Gemeinde seit Jahr und Tag mitfinanziert habe; diese rund 44 km würden also der Gemeinde und der BKW gehören. Nun stelle sich die Frage pro futuro, ob man die Stromversorgung für die Beleuchtung in eigene Kabelschutzrohre legen solle. Dies wolle man noch genau abklären. Das bestehende Kabelschutzrohr sei ja durch uns mitfinanziert worden und es sei uns auch zugesichert worden, dass wir dieses nutzen könnten, solange es funktioniere. Die Handling-Modalitäten seien aber noch nicht abschliessend festgelegt. Im 1. Semester des kommenden Jahres werde der Gemeinderat dem Parlament den zweiten ergänzenden Antrag vorlegen, so dass die Gemeinde dann ausschliessliche Eigentümerin bzw. Miteigentümerin der Kabel sei.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller erklärt namens der SP-Fraktion, endlich liege ein Geschäft vor, das etwas mit Spannung und Brennpunkten zu tun habe. Es mache Sinn, wenn die Strassenbeleuchtung in Zukunft im Besitz der Gemeinde Muri sei. Es könnte ja sonst sein, dass die BKW die öffentliche Beleuchtung jemand anderem verkaufe. Obschon das neue Strassenverkehrsgesetz seit dem 1.1.2009 in Kraft sei, habe die BKW den Vertrag erst im Februar 2015 gekündigt. Man könnte fast den Eindruck erhalten, dass die BKW für ein anderes Projekt Geld benötige. Die Übernahme der sogenannten Lichtpunkte sei einfacher als diejenige des dazugehörenden Netzes; wie vorhin zu

hören gewesen sei. Die Lichtpunkte seien mit einer detaillierten Inventarliste klar dokumentiert. Die Netzinfrastruktur sei nicht einfach, da die Kabel zum Teil in separaten Rohren und zum Teil in BKW-Rohren eingelegt seien. Es mache daher Sinn, dass der Gemeinderat das Geschäft splitte und zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Netzvorlage komme. Es werde eine knifflige Aufgabe sein, rechtlich, finanziell und betrieblich eine gute Lösung zu finden. Im Investitionsplan seien CHF 2 Mio. vorgesehen. Es stehe also für den eigentlichen Netzkauf noch etwas über CHF 1 Mio. zur Verfügung. Am einfachsten wäre es, wenn die Gemeinde die gesamte BKW-Infrastruktur kaufen würde. Damit wäre das Problem einfach gelöst; dies wäre aber ein anderes Projekt. Die SP-Fraktion stimme dem Antrag des Gemeinderats zu. Er habe noch eine Schlussbemerkung: Er habe in der GPK gesagt, er sei froh, dass die Gemeinde die Kandelaber kaufe. So könne man bei den nächsten Wahlen mit ruhigem Gewissen wieder Plakate an die Kandelaber hängen.

Andreas Damke führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe anlässlich ihrer Fraktionssitzung beschlossen, dem Antrag des Gemeinderats auf Bewilligung des Verpflichtungskredits in der Höhe von CHF 940'000.00 zuzustimmen. Die historische Ausgangslage, die daraus gewachsenen vertraglichen Abmachungen sowie die durch die Neuregelung des kantonalen Strassengesetzes geänderte Rechtslage samt ihren Konsequenzen seien im Antrag des Gemeinderats detailliert und nachvollziehbar aufgeführt. In Anbetracht dieser Sachlage erachte es die FDP/jf-Fraktion als sachgerecht, dass der Gemeinderat bemüht sei, das Eigentum an der öffentlichen Beleuchtung auf dem Gemeindegebiet zu fairen Konditionen zu erwerben. Ein Verkauf an einen Dritten und die sich daraus möglicherweise ergebenden Abhängigkeiten könnten in der Tat nicht im Interesse der Gemeinde sein. Der Erwerb am Eigentum an der öffentlichen Beleuchtung gliedere sich gemäss Antrag in zwei Komponenten, einerseits im Erwerb der Netzinfrastruktur und andererseits im Erwerb der Lichtpunkte. Zum heutigen Zeitpunkt herrsche zwischen der BKW und der Gemeinde lediglich betreffend den Lichtpunkten Konsens. In Bezug auf die Netzinfrastruktur würden zurzeit noch vertragliche Differenzen bestehen. Die sich dadurch ergebende Aufteilung des Erwerbsprozesses in zwei Phasen möge man als unschön taxieren. Aus Sicht der FDP/jf-Fraktion mache es aus den vom Gemeinderat vorgebrachten Gründen jedoch dennoch Sinn, den ersten Erwerbsschritt nun trotzdem vorzunehmen und in der Folge – ohne Zeitdruck – eine Lösung mit der BKW betreffend die Netzwerkinfrastruktur auf der bestehenden partnerschaftlichen Basis abzuschliessen. Der Erwerbspreis von CHF 940'000.00 basiere auf der von der BKW erstellten Inventarliste zu Anschaffungs- resp. heutigen Buchwerten. Der Erwerbspreis sei somit begründet und erklärbar, weshalb die FDP/jf-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats im beantragten Rahmen zustimme.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Daniel Arn als auch Christian Staub verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Für die Übernahme der Lichtpunkte der öffentlichen Beleuchtung der BKW Energie AG ins Eigentum der Gemeinde Muri b. Bern wird ein Verpflichtungskredit von CHF 940'000.00 inkl. MWST bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 6 **Regionalkommission; Berichterstattung**

Die Vorsitzende orientiert, die Botschaft des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Spycher führt als Präsident der Regionalkommission aus, die Kommission sei gestützt auf die überparteiliche Motion vom Mai 2012 zur Schaffung einer Parlamentarischen Regional- oder Agglomerationskommission vom Grossen Gemeinderat eingesetzt worden. Die Kommission sei geleitet worden von Beat Wegmüller im Jahr 2013, von Ruth Raaflaub im Jahr 2014, von Beat Marti im Jahr 2015, von ihm selbst im laufenden Jahr und die jeweiligen Präsidien hätten auch dem Parlament Bericht erstattet. Die Historie der Kommission sei in der Botschaft dargelegt. Aus der Kommission besuche jeweils ein Delegierter die Regionalversammlungen und die Beratung der Geschäfte als Kontrollorgan werde als sehr wertvoll erachtet. Auch der Austausch in der Region finde dort statt und könnte noch verbessert werden. Die Regionalkommission beantrage dem Grossen Gemeinderat, dem vorgelegten Beschluss zu folgen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Fabian Burkhard erklärt, die FDP/jf-Fraktion sehe, ähnlich wie die Regionalkommission selber, drei Hauptargumente, die für das Bestehen bzw. Fortführen der Kommission ins Feld geführt werden könnten. Erstens befasse sich die Kommission mit den Geschäften der Regionalversammlung und könne dann, wenn die Interessen der Gemeinde betroffen seien und wenn das Geschäft dem fakultativen Referendum unterliege, ein Referendum initiieren. Dies sei bis jetzt noch nie passiert, könne aber vorkommen. Zweitens vertrete die Regionalkommission das Gemeindeparlament bei Konsultationen und öffentlichen Mitwirkungen. Und drittens sei die regionale Zusammenarbeit heute schon wichtig und werde in Zukunft vermutlich eher noch wichtiger werden. Die Kommission leiste hier einen Beitrag, indem sie die Parlamentarier unserer Gemeinde mit Parlamentariern und weiteren Akteuren der umliegenden Gemeinden vernetze. Auf der anderen Seite halte sich der Aufwand für die Fortführung der Kommission in Grenzen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Regionalkommission wird in der Legislaturperiode 2017 - 2020 als nicht ständige Kommission gemäss Art. 17 der Geschäftsordnung fortgeführt.
2. Das Präsidium und das Vizepräsidium werden jährlich durch den Grossen Gemeinderat gewählt.

## 7 **Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates"; Abschreibung**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat habe das Projekt ASP gestartet, als er die Budgetgrundsätze den neuen Gegebenheiten – weniger Einnahmen – habe anpassen müssen und dieses als ständigen Prozess auf die Beine gestellt. Es sei klar, dass ein derartiger Prozess, auch wenn der Gemeinderat den Lead habe, nicht ohne Mitwirkung des Parlaments laufen könne und das Parlament nicht alleine via den Budgetprozess mitwirken solle. Daher habe sich der Gemeinderat auch für die Überweisung der Motion ausgesprochen. In der

Zwischenzeit sei dem GGR zweimal ein fundierter Bericht abgegeben und gleichzeitig in Aussicht gestellt worden, noch in dieser Legislatur abschliessend die Priorisierung der Optimierungs- und Kostensenkungsmassnahmen (OKM) festzulegen. Im Herbst des letzten Jahres sei deshalb ein moderierter Prozess gestartet worden mit externer Unterstützung, mit einem Projektteam und einem Projektausschuss. Er erachte diesen Prozess als einen guten, wenn auch sehr intensiven. Es seien drei Workshops mit dem Projektausschuss durchgeführt worden und es sei – darauf sei er stolz – eine einheitliche Konsensfindung herbeigeführt worden, wie sie auf Seite 8 des Berichts Infraconsult wiedergegeben werde. Die Empfehlungen mit den aufgelisteten Priorisierungen und Gewichtungen wolle der Gemeinderat weiter verfolgen und umsetzen, dies in einem kontinuierlichen Prozess. In diesen Prozess werde der GGR so oder so einbezogen, nicht nur im Rahmen des Budgetprozesses, sondern jeweils dann, wenn etwas anstehe. Damit seien die Anliegen der Motion erfüllt, weshalb der Gemeinderat die Abschreibung der Motion als solche, aber nicht der Aufgaben als solche, beantrage.

Begleitend zum ASP-Prozess sei noch das Projekt Arbeitsplatzbewertung gestartet worden. Der Gemeinderat habe einen fundierten Bericht der KPMG erhalten. Dieser sei aber derart ausführlich und persönlich gestaltet, dass er als reines Arbeitspapier für den Gemeinderat gedient habe. Der Gemeinderat habe letztes Jahr in einem intensiven Workshop den Bericht beraten und eine Erstunterteilung in kurzfristige, mittel- und langfristige Massnahmen vorgenommen. Er habe dabei festgestellt, dass nicht von heute auf morgen etwas umgesetzt werden müsse, sondern man rede von mittel- und langfristigen Umsetzungen. Dabei sei eine Priorisierung wie folgt nach Themenbereichen vorgenommen worden:

- Optimierung der Schalterdienste (man gehe Richtung "guichet unique")
- Verstärkung und Ausbau von E-Governments
- Aufbau HR-Kompetenz auf der Gemeindeverwaltung
- Hinterfragung des Umfangs gewisser Dienstleistungen
- Möglichkeiten von Stellenoptimierungen
- Vereinheitlichung der Pflichtenhefte
- Verbesserung des Qualifikationswesens
- Verstärkung der Kommunikation, extern wie intern
- Einführung IKS/Führungs-Cockpit
- Überprüfung der Organisationsstruktur, namentlich auf Exekutivebene (7 Gemeinderäte; einige Abteilungsleiter hätten 3 Gemeinderäte, der Finanzverwalter habe einen Gemeinderat)

Diese Projekte würden organisiert angegangen. Dies bedinge aber die Mitwirkung der Mitarbeitenden und deswegen seien die Abteilungs- und Bereichsleiter zu fundierten Stellungnahmen aufgefordert worden. Diese würden vorliegen, könnten aber nicht durch den Gemeinderat bzw. den Gemeindepräsidenten verarbeitet werden, da die KPMG Verfasserin des Berichtes sei und den Hintergrund kenne, wie die Vorschläge zu Optimierungsmassnahmen entstanden seien. Die KPMG habe in der Folge die Rückmeldungen aller Abteilungs- und Bereichsleiter gespiegelt und ausgewertet und dem Gemeinderat präsentiert. Letztmals habe der Gemeinderat am 17. Oktober 2016 an einem Workshop Präzisierungen vorgenommen und Prioritäten festgehalten. Es gehe noch ein paar Tage, bis er dem Parlament sagen könne, wo und wie etc. Zuerst müsse er die Mitarbeitenden orientieren, nicht dass sie es via Presse von heute Abend erfahren würden. Dies sei der Stand des Projekts Arbeitsplatzbewertung.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, er wolle sich zuerst kurz zum Vorgehen resp. zum Prozess dieser Motion äussern. Am 16. Januar 2014 sei diese Motion im Nachgang zur angekündigten Schliessung des Lehrschwimmbeckens Melchenbühl eingereicht worden. Am 20. Mai 2014 habe der Rat die Motion einstimmig überwiesen. Die Motion habe verlangt, dass der Grosse Gemeinderat aktiv (er betone aktiv) und nicht

nur als Leser oder Zuhörer in diesen ASP-Prozess einbezogen werden solle. Dies mit dem Ziel, dass die Akzeptanz für Massnahmen breit abgestützt sei. Nach der Einreichung der Motion seien zwei Jahre vergangen, bis der geplante Projektausschuss in diesem Jahr getagt habe. An drei Workshops mit externer Begleitung seien verschiedene Themen bearbeitet worden. Nach seinem Eindruck sei dieser Prozess gut verlaufen und er sei im zusammenfassenden Bericht gut dokumentiert. Sein Fazit: Der eigentliche Einbezug des Parlaments sei nur harzig und mit viel Verspätung erfolgt. Die tatsächlichen Resultate seien nicht überwältigend. Es sei viel von Optimierung und Prüfung die Rede. Von einem wesentlichen Punkt, nämlich vom Resultat der Arbeitsplatzbewertung in der Verwaltung, habe Thomas Hanke soeben berichtet. Er sei mit der Abschreibung der Motion einverstanden und möchte gleichzeitig die drei Buchstaben ASP ebenfalls abschreiben.

Kevin Jordi dankt namens der forum-Fraktion dem Projektteam und der Infraconsult für den vorliegenden Bericht. Die ASP-Workshops habe man als spannend empfunden. Sie hätten Gelegenheit für detaillierte Analysen geboten, so seien beispielsweise die Räumlichkeiten der Gemeindebibliothek im Stockwerkeigentum der Gemeinde. Dort seien die Nebenkosten ein recht grosser Posten. Ebenfalls wolle das forum hervorheben, dass sich alle zur Musikschule bekennt hätten. Der wertvolle musikalische Ort werde weiterhin in unserer Gemeinde Platz haben. Von 35 OKM-Vorschlägen seien 8 fundierter beleuchtet worden. Das Sparpotenzial werde sich in Zukunft zeigen. Es sei wichtig, dass man das Thema ASP als kontinuierlicher Verbesserungsprozess betrachte. So sollten doch alle weiterhin konstruktiv kritisch hinschauen. Vielleicht wäre ein periodischer ASP-Bericht von Vorteil. Mit diesem Input werde das forum der Abschreibung dankend zustimmen.

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion sei der Abschreibung der Motion eher kritisch gegenübergestanden. Gestützt auf die Ausführungen von Thomas Hanke – Äusserungen dazu, wie es mit der Arbeitsplatzbewertung weitergehe, hätten bisher gefehlt – habe man nun aber festgestellt, dass in der nächsten Legislatur Arbeit anstehe und dementsprechend unterstütze die SVP-Fraktion den vorliegenden Antrag.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Thomas Hanke erklärt, er habe zuhanden von Beat Wegmüller eine Bemerkung anzubringen: Er werde ihm nächstes Jahr eine OKM-Zwischenberichterstattung abgeben.

Beschluss (34 Ja / 2 Enthaltungen)

Die Motion Treier (FDP) / Häusermann (forum) / Wegmüller (SP) betr. "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates" wird abgeschrieben.

## **8 Postulat forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen; Schlussbericht**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Stephan Lack führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er habe eine kleine Vorbemerkung: Für die Beantwortung von Detailfragen zu den Beilagen stehe Rolf Rickenbach, geschäftsführender Schulleiter, zur Verfügung. Der politische Teil liege bei ihm.

Zum Thema Schule könnten leider keine Modelle gezeigt werden, so wie dies beim Traktandum 5 der Fall gewesen sei. Er müsse zudem sagen, dass es sich um eine

umfangreiche Geschichte handle und seine Ausführungen etwas länger als sonst ausfallen würden. Er sei kein Fan von langen Reden, aber diesmal könne er sich schlecht kurz fassen. Das Positive an diesem Traktandum sei, dass man sich unter Experten befinde. Schliesslich seien alle Anwesenden einmal in die Schule gegangen, einige davon seien sogar zum zweiten Mal betroffen, weil derzeit ihre Kinder in die Schule gehen würden. Seine persönliche Erfahrung – seine Kinder seien jetzt schon etwas weiter oben – sei die, dass oft auch etwas Vorsicht und Zurückhaltung zu empfehlen sei und dass man objektiv bleiben sollte. Manchmal brauche es auch die Adlerperspektive mit dem Blick aufs Ganze. Bevor der Rat in die Diskussion gehe, möchte er den Auftrag des Parlaments an den Gemeinderat in Erinnerung rufen. Es gehe darum, dass der Gemeinderat Entscheidungsgrundlagen liefere zur strategischen Ausrichtung der Schule bezüglich

- Einführung einer Ganztagesesschule
- Verzicht oder Einführung der Basisstufe
- Abschaffung oder Weiterführung der Spez Sek
- Einführung durchlässiger Schulmodelle für die Sek Stufe I

Er möchte vorausschicken, dass er davon ausgehe, dass der Gemeinderat die Bedingungen der Entscheidungsgrundlagen mit der Schlussantwort erfülle. Heute werde nicht darüber abgestimmt, ob man die Spez Sek abschaffen oder eine Basisstufe schaffen wolle. Wenn diese Wünsche vorliegen würden, müssten halt entsprechende Anträge eingereicht werden und dann könne das Parlament darüber diskutieren und abstimmen. Die Schulkommission habe sich diesen Themen – zusammen mit den Schulleitungen – sehr detailliert angenommen und diese in Workshops ausführlich diskutiert und beurteilt. Auch der Gemeinderat habe sie seriös angeschaut und sei zu den vorliegenden Schlüssen gelangt. Manchmal sei es halt so, dass vertiefte Analysen nicht unmittelbar zu dringendem Handlungsbedarf aufrufen würden. Im Gegenteil: Vielfach sei man auch in Gesprächen zum Schluss gekommen, dass sehr viel in den Schulen in Muri eben auch gut sei. Es sei ihm klar, dass immer alles zwei Seiten habe und es sei ihm klar, dass es einen ideologischen Teil vom Ganzen gebe. Aber er denke – wenn er sehe, wie auf allen Stufen gearbeitet werde –, dass man sagen dürfe, wir hätten ein hohes Niveau. Die Schulkommission, aber auch der Gemeinderat, seien deshalb zurückhaltend damit, irgendwelche Schnellschüsse auszulösen und damit das ganze System aufzubrechen. Es gelte auch zu berücksichtigen, dass das Schulwesen zurzeit mit Reformen arg strapaziert sei. Er komme nun zu den einzelnen Punkten:

### 1. *Ganztagesesschule*

Die Idee einer Ganztagesesschule, nicht zuletzt als Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Einbindung der Frau, geniesse im Gemeinderat und insbesondere auch bei ihm selber grosse Sympathien. Noch bevor aber teure Studien und Kostenabklärungen in Auftrag gegeben worden seien, habe die Schulkommission entschieden, vorerst einmal abzuklären, ob zum heutigen Zeitpunkt überhaupt ein spürbares und überzeugendes Bedürfnis nach einer Ganztagesesschule bei der Elternschaft vorliege. Dazu seien in einer ersten Phase sämtliche Eltern von kindergarten- und schulpflichtigen Kindern angeschrieben und angefragt worden, ob sie bereit seien, bei einer solchen Umfrage mitzumachen. In einer zweiten Phase sei denjenigen, die hätten mitmachen wollen, ein Fragebogen zugestellt worden. Es gebe kritische Stimmen die sagen würden, die eine oder andere Frage sei nicht so klar oder zu kompliziert gewesen; dies sei aber erst in der zweiten Phase gewesen. Grundsätzlich hätten leider gerade mal 13 % Interesse daran gezeigt, überhaupt an der Umfrage mitzumachen. Diese tiefe Zahl zeige auf, dass die Relevanz für eine Ganztagesesschule in unserer Gemeinde zurzeit – dies könne sich ändern – noch sehr gering sei. Dies könne verschiedene Gründe haben, Mutmassungen seien die Folgenden: Es sei davon auszugehen, dass es sich hier wohl eher um eine gesellschaftspolitische als um eine schulpolitische Frage handle. Unsere Gemeinde sei



sicher aus sozio-demografischer Sicht etwas aussergewöhnlich. Zahlreiche Haushalte könnten und wollten es sich leisten, dass ein Elternteil ganztags beruflich tätig und der andere Elternteil beruflich maximal in einem Teilzeitpensum sei. Dieser zweite Elternteil kümmere sich – so wie nach dem bisherigen gelebten Modell – lieber um den Haushalt und um die Kinder und in Muri zunehmend um den Familienhund. Die Prioritäten würden im Laufe der Jahre bekanntlich ein wenig ändern, der Hund nehme eine noch wichtigere Stellung ein und übernehme vielleicht eine gewisse Alibifunktion. Dies sei nun etwas ketzerisch; aber es gebe diese Familien zahlreich in Muri, dies müsse man zur Kenntnis nehmen. Das zurzeit geringe Interesse an einer Ganztagesesschule komme auch daher – und dies komme eigentlich in der Umfrage recht gut zum Ausdruck –, dass wir eine sehr gut funktionierende Tagesschule hätten. Wir hätten momentan an vier Standorten vorbildlich ausgestaltete Tagesschulen, dies werde nicht nur von ihm so dahergesagt, sondern auch von dritter Seite (Schulinspektor, Familien in der Gemeinde) gelange man zu diesem Schluss. Die Gemeinde lasse sich dies – der Rat habe ja anlässlich der letzten Sitzung das Budget verabschiedet – auch etwas kosten. Minderbemittelte Familien würden unterstützt; es gebe ein Defizit, welches durch uns getragen werde. Die Familien könnten sich dort massgeschneidert die Module holen, die sie gerne hätten. Möglicherweise müssten wir zur Kenntnis nehmen, dass es zum heutigen Zeitpunkt das Modell sei, welches am besten zu Muri passe. Man könne die Leute nicht zwingen, morgen eine Ganztagesesschule einzuführen. Er persönlich sei davon überzeugt, dass der Grenzwert Tagesschule und Schule in Richtung Ganztagesesschule laufe. Irgendeinmal werde es wahrscheinlich auch in der Schweiz so sein, dass man zwei Einkommen benötige. Früher oder später könnten die Argumente für eine Ganztagesesschule zum Tragen kommen. Der Gemeinderat werde die gesellschaftlichen Entwicklungen und die daraus erwachsenden Bedürfnisse weiterhin sehr sorgfältig beobachten.

## 2. *Basisstufe*

Der Rat kenne seine Meinung und diejenige des Gemeinderats. Der Gemeinderat bleibe seiner Haltung treu und sehe momentan keinen Handlungsbedarf. Nach Ansicht des Gemeinderats sei der Mehrnutzen zum Wohle des Kindes empirisch nicht gesichert, obschon dies – wohl ideologisch motiviert – immer wieder behauptet werde. Erwiesen sei aber, dass die Einführung von Basisstufenklassen rund 1,5 Mal mehr Stellenprozente kosten würde und erhebliche Investitionen im Schulhausbau zur Folge hätte. Der Gemeinderat werde diesbezüglich den Ball nicht aufnehmen.

## 3. *Abschaffung oder Weiterführung der Speziellen Sekundarschulklassen*

Dieser Punkt fliesse möglicherweise etwas in die Durchlässigkeit hinein. Darüber sei schon mehrmals geredet worden. Es gebe Anachronismen, die immer wieder auftauchen würden und er sei überzeugt – er wisse zwar nicht, ob er in einem Jahr noch hier stehe –, dass dies in der nächsten Legislatur mindestens einmal auch wieder komme. Er müsse noch einmal zurückkommen auf die sozio-demografische Ausgangslage. Wir seien privilegiert; überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler würden aus bildungsnahen Familien stammen. Es wäre falsch, Muri 1:1 mit anderen Gemeinden zu vergleichen. Nur 10 oder 15 % hätten momentan das Schulmodell 2 und trotzdem sei der Vergleich aus seiner Sicht nicht haltbar; Muri sei sozio-demografisch in einer besonderen Situation. Pro Jahrgang rechne man in Muri mit einer Übertrittsquote ins Gymnasium von über 50 %, der kantonale Schnitt liege leicht unter 20 %, glaube er. Dazu gezählt würden die öffentlichen, aber auch die subventionierten privaten Gymnasien (wie z.B. das Freie Gymnasium). Wir müssten uns jetzt nicht nur auf die Brust klopfen und sagen, wir seien toll und hätten die besten Schulen, aber man könne davon ausgehen, dass Muri mit dieser Übertrittsquote an der Spitze des ganzen Kantons Bern liege. Muri habe in der Regel pro Jahrgang eine Spez Sek-Klasse mit fließendem Übertritt ins Gymnasium nach der 8. Klasse. Dies sei der Schnellzug, nota bene ohne Zusatzlektionen, ohne Mittelschulvorbereitung; diese Schüler gingen netto, wenn sie ihre Kreuzchen erreichen würden, nach 8 Schuljahren

in die Quarta. Dies sei ein möglicher Weg für leistungsstärkere Schüler. Der positive Nebeneffekt sei, dass wir mit der Spez Sek den Privatschulen konkurrenz könnten. Wenn man in den letzten Wochen und Monaten die Zeitungen angeschaut und die Werbung der Privatschulen gesehen habe, so heisse es dort *"Langzeitgymnasium ab der 7. Klasse bis zur Matura"*. Damit wollten sie unsere Kinder "abholen". Muri-Gümligen habe also 1 Spez Sek-Klasse und 3 Sek-Klassen. Es sei wesentlich und werde auch immer wieder gesagt – vermutlich gebe es halt Eltern, welche Druck aufsetzen würden –, dass man von der 8. Klasse oder von der 9. Klasse in die Quarta übertreten könne, und zwar auf Empfehlung oder sogar mit Prüfung. Wesentlich zu wissen sei, und er könne auch alle Eltern beruhigen, dass rund 43 % aus der Spez Sek und 57 % aus der 8. oder 9. Klasse Sek – mit Mittelschulvorbereitung, die übrigens zusätzlich zum Lektionsplan etwas koste – in die Quarta eines Gymnasiums übertreten würden. Dies seien die Zahlen der letzten drei Jahre in Muri. Die Meinung der Schulkommission decke sich zum Teil mit derjenigen des Gemeinderats: Die Schulkommission sei mehrheitlich der Ansicht, dass die Spez Sek nicht viel bringe, auch nicht viel schade, aber in Muri nicht mehr abzuschaffen sei. Der Gemeinderat gehe etwas weiter. Zusammenfassend könne gesagt werden, dass sich der Gemeinderat, wie übrigens auch der Erziehungsdirektor anlässlich seines Referats bei einer Veranstaltung der FDP Muri, für die Weiterführung der Speziellen Sekundarschulklassen ausspreche. Es gebe im Übrigen auch unterschiedliche Meinungen unter den Schulinspektoren; es gebe einige, die sagen würden *"für Eure Gemeinde ist das schon OK"*. Der Gemeinderat sehe keinen Handlungsbedarf, da die Chancengleichheit mit der Sek wirklich da sei.

#### 4. *Durchlässigeres Schulmodell*

Er möchte darlegen, wie die Verhältnisse aussehen würden: Von 20 Schülerinnen und Schülern in Muri-Gümligen würden im Schnitt 17 in die Sek oder in die Spez Sek gehen. Es würden also noch 3 übrig bleiben. Es gebe die Spez Sek- und die drei Sek-Klassen und am Schluss reiche es manchmal nicht einmal für eine ganze Realklasse, weshalb man Mischklassen machen müsse. Diese Mischklassen, meistens 7.-9., müssten nicht zwingend einen Nachteil darstellen. Es gebe dort eine ganz spezielle Energie, wenn Ältere und Jüngere zusammen seien. Sie hätten zudem auch noch die Möglichkeit eines Übertritts. Dies lasse man nun aber auf der Seite und bleibe bei den Mischklassen. Man könnte nun sagen: "Abschaum". Aber letztendlich sei es die Realität, dass ein extremer Prozentsatz in Muri nun mal die Spez Sek- oder Sek-Linie gehe. Er sei letzte Woche noch im Moos gewesen und es gehe einzig und allein darum, dass diese Schüler betreut würden, damit sie nach der 9. Klasse den Anschluss und eine berufliche Ausbildung finden würden. Durch das neue integrative System würden Schülerinnen und Schüler mit Leistungsdefiziten durch Speziallehrer massgeschneidert betreut. Er verweise auf die Jahresbroschüre der Schule. Dort sehe man auf Seite 9, dass wir 15 Speziallehrpersonen hätten. Da gehe es um Motorik, um Logopädie, um Heilpädagogik und weiss nicht was noch; zudem gebe es auch drei Schulsozialarbeiter. Diese Kinder seien nicht einfach im luftleeren Raum und es wäre nicht korrekt, wenn wir heute Abend ein solches Statement abgeben würden. Ihm sei gesagt worden, dass wir – mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen – einen guten Anschluss für jedes Kind in unserer Gemeinde finden würden.

Welche Ratsmitglieder im Modell 3a "Manuel" gewesen seien? Damit sei man zu viert. Er habe nichts gegen das System 3a. Was man heute Abend aber sicher sagen könne sei, dass wir etwa 30 Jahre zu spät seien. Er sei bei den damaligen Diskussionen nicht dabei gewesen; vermutlich habe man ähnlich diskutiert: *"in Muri brauchen wir das nicht"*. Er sei nicht grundsätzlich dagegen. Bei der jetzigen Fülle von Reformen des Lehrplans 21, der Justierung des integrativen Schulsystems, der digitalen Revolution – die uns in der nächsten Legislatur beschäftigen werde, da die Lehrmittel entsprechend angepasst werden müssten – wäre es nun einfach der falsche Moment. Es sei auch zu erwähnen, dass ein Oberstufenzentrum eingerichtet werden müsste,

was wahrscheinlich eine Riesenübung mit Rochaden und möglicherweise baulichen Veränderungen zur Folge hätte. Er wolle sich nicht festlegen, dass es eine sehr teure Sache würde, aber es würde sich um eine ziemliche Umstrukturierung handeln. Interessant sei noch Folgendes: Der Ressortchef Bildung einer Nachbargemeinde habe sein Büro im gleichen Haus wie er und sie hätten einmal kurz zusammen gesprochen. Diese Gemeinde habe das Modell 3a und er sage, dass dieses im Verbund mit dem integrativen Schulsystem die Schulen sowohl organisatorisch wie auch vom Klassen-Wir-Gefühl her an die Grenzen bringe.

Die Vorsitzende bittet den Sprechenden, gelegentlich zum Schluss zu kommen.

Stephan Lack erklärt, er spreche nun fertig; es handle sich um ein wichtiges Traktandum, das die ganze Gemeinde betreffe. *Der Sprechende fährt dort fort, wo er vorher verblieben ist.* In der Nachbargemeinde im Nordosten würden Anträge gestellt, zu überprüfen, ob das Schulsystem 3a noch das richtige System sei. Der Betrieb gleiche einem Bienenhaus von Individuen ohne irgendwelchen Klassengeist und bringe die Lehrer vielfach an den Anschlag. Interessanterweise orientiere man sich in dieser Nachbargemeinde am "Benchmark" Schulmodell Muri.

Er komme nun tatsächlich zum Schluss. Es sei ihm klar, dass der Rat heute nicht zum letzten Mal über Schulmodelle diskutiere. Er sei auch bereit, falls er dieses Amt behalte, das eine oder andere einmal durchzurechnen und Geld dafür auszugeben. Es sei zudem vorgesehen, in der ersten Hälfte der neuen Legislatur zusammen mit Rolf Rickenbach, dem neuen Schulleiter im Moos und der Schulleitung Seidenberg eine Bildungsstrategie zu erarbeiten. Er bitte den Rat, die Ausführungen des Gemeinderats zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben. Allfällige spezielle Anträge müssten dann halt in der neuen Legislatur gestellt werden.

Walter Thut (forum) führt aus, angefangen habe das Geschäft mit einer Motion, die am 18. März 2014 als Postulat entgegengenommen worden sei. Am 24. März 2015 habe das Parlament den Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und nun liege also der Schlussbericht vor. Es sei eine lange Zeit verstrichen und sicher auch viel Arbeit geleistet worden. Das forum hoffe, dass die wertvolle Denkarbeit und die Resultate der Diskussionen auch an anderen Orten gedient hätten. Die forum-Fraktion bedanke sich für die geleistete Arbeit. Vielleicht genüge den Familien mit den jetzt schulpflichtigen Kindern die derzeit geführte Tagesschule mit einem beschränkten Betreuungsangebot. Es habe zwar einige Rückmeldungen mit anderen Vorstellungen unter dem Titel "offene Fragen" gegeben. Man müsse aber einen Konsens finden und die Gemeinde müsse ein ganzes Paket anbieten können für eine grössere Anzahl an Interessierten. Vielleicht würden Eltern aus Muri-Gümligen eine Ganztageschule als einen zu starken Eingriff in ihre persönliche Familienatmosphäre und ihre familiären Strukturen empfinden. Das forum pflichte dem Gemeinderat darin bei, dass die Meinungen von nur 13 % der Adressierten zu wenig zahlreich seien, um diesbezüglich gross weiterzudenken. Es sei aber vielleicht auch nicht ganz geglückt, die Anliegen der Betroffenen verständlich darzustellen. Dem forum seien jedenfalls solche Meinungen zu Ohren gekommen und dies könnte auch mit ein Grund sein, dass so wenig Rückmeldungen gekommen seien. Die Diskussion um die Ganztageschule sei vielleicht jetzt für die nächste Generation geführt worden. Die Basisstufe sei etwas aus den Schlagzeilen verschwunden; sie habe positive und negative Meinungen hervorgerufen. Es sei nicht zwingend, dass Muri-Gümligen den Gemeinden mit Basisstufen folge.

Das Schulmodell definiere die Zusammensetzung der Stammklassen und allfälligen Zusammenarbeitsformen. Das an den Schulen Muri-Gümligen praktizierte Modell 2 sei nicht durchlässig und gelte eigentlich nicht als sehr fortschrittlich. Persönlich sei er doch etwas erstaunt darüber, dass in einer grossen und vielfältigen Gemeinde so nah

an der Bundesstadt das Modell 2 gepflegt werde. Wie man den Prozentzahlen der Unterlagen entnehmen könne, sei dieses Modell nicht gerade exotisch, aber doch unüblich; wir würden zu denjenigen gehören, die einen etwas anderen Weg gehen würden. Die Erklärung liege wohl darin, dass wir mit der Spez Sek etwas hätten, das die Oberstufe dominiere; nicht zahlenmässig, aber vermutlich von den Meinungen und den geführten Diskussionen her. Es sei zudem wohl tatsächlich so, dass viele Eltern besondere Erwartungen hätten, wie dies in anderen Gemeinden im Kanton Bern nicht der Fall sei. Das Raumangebot favorisiere im Moment das Modell 2. Wie vorher zu hören gewesen sei, müssten wir neu bauen, wenn wir das Modell 3a oder 3b möchten. Dies würde sicherlich einen Eingriff bedeuten, den wir uns aber auch leisten könnten. Die forum-Fraktion gehe mit dem Gemeinderat einig, dass man für Veränderungen offen bleiben könne (und auch sollte). Er denke aber, dass Eltern, welche andere Erwartungen hätten, diese etwas prononcierter ausdrücken sollten. Die Politik habe nun gerade gemacht, was sie habe machen müssen und das forum gebe im Moment auch Ruhe und sei mit der Abschreibung einverstanden.

Markus Bärtschi erklärt, obschon es sich "nur" um eine Kenntnisnahme und Abschreibung handle, melde sich die SVP-Fraktion angesichts der Bedeutung des Themas – entgegen ihren Gewohnheiten – kurz zu Wort. Die SVP bedanke sich beim Gemeinderat für die Auslegeordnung und gebe gerne zu Protokoll, dass sie seine Einschätzungen weitestgehend teile. Dies gelte insbesondere in Bezug auf die erkannte Unentbehrlichkeit der Spez Sek-Klassen im Standortwettbewerb. Es gebe in diesem Bereich keine andere Einzelmassnahme mit einem so guten Kosten-/ Nutzenverhältnis. Es sei auch erkannt worden, dass es im Schulbereich neuere Themen als das ewige Schiessen gegen die Spez Sek gebe. Diese Themen würden uns fordern; Stichwort: Digitalisierung des Schulbetriebs und wie diese zu finanzieren sei. Wir würden bekanntlich am Ende einer Legislatur stehen und die SVP-Fraktion möchte Stephan Lack für seine sehr gute Arbeit in diesem sensiblen Ressort ihre Anerkennung aussprechen.

Joe Brunner führt namens der SP-Fraktion aus, er gehe die einzelnen Punkte so durch, wie sie im Schlussbericht aufgeführt seien:

#### *Einführung einer Ganztageschule*

Der "Vorbericht Prüfung Ganztageschule" von Rolf Rickenbach gebe detaillierte Auskunft über die Einschätzung der Eltern zur Ganztageschule und zur aktuell angebotenen Tagesschule. Die auf der Grundlage der Befragungsergebnisse gezogenen Schlüsse des Gemeinderats könne die SP nachvollziehen und sie stimme diesen zu. Sie finde es auch richtig, dass der Gemeinderat das Thema im Auge behalte, sowohl was die Bedürfnisse der Eltern betreffe, als auch was die Infrastruktur der Schulen bei Renovationsarbeiten betreffe.

#### *Verzicht oder Einführung der Basisstufe*

Ziel der Basisstufe sei es, in altersgemischten Klassen während drei bis fünf Jahren in hohem Masse Rücksicht auf die Entwicklung der Kinder zu nehmen und einen kontinuierlichen Übergang vom spielerischen zum systematischen Lernen zu sichern. Voraussetzung dafür sei eine angepasste Infrastruktur und eine professionelle Ausbildung der Lehrpersonen. Im Schlussbericht des Gemeinderats werde von einem ernüchternden Fazit bezüglich der Lernergebnisse der Basisstufe gesprochen. Da sei etwas falsch verstanden worden. Richtig sei, dass die Kinder der Basisstufe mit Erreichen der Lehrplanziele per Ende zweites Schuljahr in die 3. Klasse übertreten könnten. Sie müssten nicht besser sein als die Kinder der Jahrgangsklassen. In keinem Projektbescrieb und in keinem Evaluationsbericht werde die Erwartung von höheren Lernleistungen ausgesprochen und es sei auch nicht die Motivation jener Gemeinden, die die Basisstufe eingeführt hätten. Falsch im Schlussbericht sei die Angabe, dass "rund 1.5 Mal mehr Stellenprozente" benötigt würden. Richtig sei, dass insgesamt rund 150 Stellenprozente erforderlich seien.

### *Abschaffung oder Weiterführung der Speziellen Sekundarklassen*

Da die Speziellen Sekundarklassen offenbar vielen in der Gemeinde ans Herz gewachsen und laut Stellungnahme der Schulkommission in Muri "nicht wegzudenken" seien, sei ihre Aufhebung vorläufig keine Option. Die Speziellen Sekundarklassen hätten aber offensichtliche Nachteile; sie seien im Postulat der forum-Fraktion aufgeführt. Die Speziellen Sekundarklassen seien zudem ein Indiz dafür, dass man in unserer Gemeinde den Sekundarlehrkräften nicht zutraue, die besten Schülerinnen und Schüler in einer herkömmlichen Sekundarklasse optimal zu fördern.

### *Einführung durchlässigerer Schulmodelle für die Sek Stufe I*

Die SP votiere für durchlässigere Schulstrukturen. Sie sei sich aber bewusst, dass Schulstrukturen wenig Einfluss auf Lernleistungen hätten. Lernerfolg hänge vor allem vom Zusammenspiel von Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern ab. Deshalb sei es sinnvoll, die Schulentwicklung mit inneren Reformen wie der Einführung des Lehrplans 21 und der Digitalisierung im Unterricht anzugehen und Strukturfragen zum heutigen Zeitpunkt zurückzustellen.

In diesem Sinn stimme die SP dem Antrag des Gemeinderats zu.

Er habe noch eine persönliche Anmerkung zu den Schulstrukturen: Vor 14 Tagen habe auf dem BEA-Gelände die Ausstellung «Bildung ist Entwicklung» über Lehrmittel – auch digitale – stattgefunden. Dort habe man sehen können, dass verschiedene Firmen schon ganze Fächer entsprechend Lehrplan 21 als digitale Lernprogramme für das individuelle Lernen zur Verfügung stellen würden. Sie seien didaktisch hervorragend gestaltet. Damit könne jedes Kind in seinem Lerntempo den Stoff erwerben und sein optimales Lernniveau erreichen. Eine Aufteilung nach Real- und Sekschülerinnen und -schülern werde dadurch hinfällig.

Annik Bärtschi führt aus, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats, das Postulat betreffend Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen als erledigt abzuschreiben. Der Gemeinderat bzw. die Schulkommission hätten eine fundierte Evaluation durchgeführt, welche auch eine Elternbefragung beinhaltet habe. Die FDP/jf-Fraktion folge dem Gemeinderat bei den Schlüssen, die er zum Thema Ganztageschule gezogen habe:

- Die Elternbefragung habe ein geringes Interesse an einer Ganztageschule gezeigt.
- Unter Berücksichtigung der Resultate dieser Elternbefragung sei die Fraktion der Meinung, dass ein solcher Schritt der Schaffung einer Ganztageschule im Moment nicht angezeigt sei.
- Die heute schon bestehende freiwillige Tagesschule werde rege genutzt und sei ausgelastet; sie werde von Kindern und Eltern sehr geschätzt. Sie decke das Bedürfnis von arbeitenden Eltern nach Betreuung ab und lasse gleichzeitig den Familien Freiraum in der Gestaltung ihrer Tagesabläufe. Durch die angebotene Aufgabenhilfe trage sie auch zur Chancengleichheit für alle bei.

Dass die Gemeinde erklärterweise offen bleibe für die gesellschaftliche Entwicklung, werde von der FDP/jf-Fraktion selbstverständlich vorausgesetzt und begrüsst.

Dass der Gemeinderat die Einführung der Basisstufe als nicht sinnvoll erachte, begrüsse die Fraktion ebenfalls. Es sei nicht zielführend, ein System einzuführen, welches mehr Kosten generiere, aber keinen nachgewiesenen Mehrwert bringe.

Zum heiss diskutierten Thema der Abschaffung oder Weiterführung der Speziellen Sekundarschulklasse sei Folgendes zu sagen: Die Fraktion halte an der bewährten Lösung mit der Spez Sek fest. Dass ca. 50 % aller Schüler unserer Gemeinde ins Gymnasium eintreten würden, zeige doch schon, dass das heutige System so schlecht nicht sein könne. Tatsächlich sei es so, dass der Besuch einer solchen Spez Sek ein Schnellzug für leistungsstarke Schüler sein könne. Es spreche aber nichts

dagegen, dass leistungsstarke Schüler den Schnellzug nehmen würden. Die anderen Schüler würden dadurch keinen Nachteil erleiden; es werde ihnen dadurch auch nichts weggenommen. Dem Grundsatz nach sollten alle Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert und allen Spezialfällen Rechnung getragen werden. Damit seien auch Schüler gemeint, die in den Leistungen gegen oben abweichen würden, nicht nur gegen unten. Für leistungsschwache Schüler würden zu Recht viele Angebote in unserer Gemeinde bestehen. Insbesondere würden Schüler mit Leistungsdefiziten durch Speziallehrer massgeschneidert betreut. Dass man leistungsstarke Schüler aus Prinzip bremse, könne nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, zumal die Führung einer Spez Sek-Klasse keine zusätzlichen Kosten verursache. Gerade in der Gemeinde Muri sei die Gefahr gross, dass leistungsstarke Schüler an Privatschulen "verloren" gingen. Dies würde auch den schwächeren Schülern nicht helfen, sondern vielmehr eine Zweiklassengesellschaft fördern, in welcher vermögende Eltern ihre Kinder in die Privatschule schicken und die öffentliche Schule ihre Zugpferde verlieren würden. Ein derartiges System kenne man in den USA; dies könne niemand wollen.

Auch die Durchlässigkeit sei mit dem heutigen System genügend gegeben. Schüler, die es von der Primarschule aus nicht in die Sekundarstufe schaffen würden, hätten die Möglichkeit, nach der 6. oder 7. Klasse eine Sek-Prüfung zu machen. Somit hätten auch Schüler, die etwas später "den Knopf aufmachen" würden, die Möglichkeit, jede gewünschte Schulbildung zu absolvieren. Neben der Spez Sek würden in der Gemeinde Muri drei Sekundarklassen geführt, mit der Möglichkeit eines Übertritts ins Gymnasium nach der 8. oder 9. Klasse. Daneben werde zusätzlich zum Unterricht eine Mittelschulvorbereitung angeboten. Der Weg ins Gymnasium sei also auch von der Sekundarschule aus sehr gut möglich. Es würden mehr Kinder von der Sek direkt ins Gymnasium eintreten, als von der Spez Sek.

Unser heutiges System sei mit der Einführung des Lehrplans 21, der Justierung des integrativen Schulsystems und der digitalen Revolution im Bildungswesen genügend absorbiert. Für einen Systemwechsel bestehe keine Priorität. Die FDP/jf-Fraktion freue sich darüber, dass in der Gemeinde so engagierte und motivierte Schulleitungen und Lehrkräfte tätig seien. Diese mit einer erneuten Umstrukturierung zu beüben, erscheine ihr im Moment nicht angebracht.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Stephan Lack führt in seinem Schlusswort aus, er entschuldige sich dafür, dass er in seinem Votum so lang geworden sei, möchte aber immerhin festhalten, dass er in den letzten fünf Parlamentssitzungen aus dem Ressort Schule nichts habe sagen dürfen. Er möchte ganz kurz allen Fraktionen danken. Man habe ein sehr gutes Fundament für weitere Diskussionen. Er denke, es komme gut und auch, dass man eine Beruhigung im Schulwesen gefunden habe. Er möchte nun seinerseits Ende Jahr den Schulleitungen für ihr grosses Engagement danken.

Beschluss (35 Ja / 1 Enthaltung)

- a) Vom Schlussbericht inkl. erwähnte Beilagen "Vorbericht Prüfung Ganztageschule" und "Vorbericht Prüfung Modell Sekundarstufe I" wird Kenntnis genommen.
- b) Das Postulat forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen wird als erledigt abgeschrieben.

**9 Interpellation Kästli/Schmitter (FDP): Schleichverkehr im Villettequartier**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Schmitter (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Auslegeordnung. Es sei wichtig, dass man das Problem im Griff behalte; nicht nur in diesem Quartier, es gebe auch an anderen Orten derartige Probleme. Er danke dem Gemeinderat für seine Bereitschaft.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

**10 Einfache Anfrage Racine (SP): sicherer Kinderspielplatz**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Raphael Racine (SP) bedankt sich für die Installation des Zaunes.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

**11 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen**

Lischenmoos

Thomas Hanke verweist auf sein gestriges Mail an die Ratsmitglieder bezüglich Lischenmoos. Der Anlass werde am 13. Dezember 2016 stattfinden.

Energiestadt-Label

Thomas Hanke führt aus, wenn die Regierungsrätin sage, sie komme am 14. Dezember 2016, um der Gemeinde das Energiestadt-Label zu übergeben, so gebe es halt am 14. Dezember nochmals einen Anlass. Auf dem heute verteilten Flyer habe es einen Verschied: Daniela Pedinelli sei nicht Gemeinderätin Umwelt und Verkehr, wie es auf dem Flyer stehe. Es handle sich nicht um die vorgesehene neue Ressortverteilung für den Fall, dass Daniela Pedinelli wiedergewählt werde.

Gemeindewahlen

Thomas Hanke informiert, am kommenden Sonntag, ab 16.30 Uhr, werde – ausschliesslich im Attika – bekannt gegeben, wer als Gemeinderat gewählt oder wiedergewählt worden sei. Ab 17.30 Uhr werde bekannt gegeben, welche Ratsmitglieder das nächste Jahr wieder hier im Saal anwesend seien.

**12 Neue parlamentarische Vorstösse**

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

## Mitteilungen

Es erfolgt eine kurze Verabschiedung der 7 ausscheidenden Parlamentsmitglieder mit Abgabe eines kleinen Präsentes durch die Vorsitzende sowie mit der Übergabe eines Gedenktalers durch den Gemeindepräsidenten.

Es erfolgt ebenfalls eine kurze Verabschiedung der beiden ausscheidenden Gemeinderäte durch die Vorsitzende.

Beat Schmitter (FDP) führt aus, die Legislatur gehe zu Ende und von der FDP/jf-Fraktion würden insgesamt fünf Personen aufhören. Sie hätten sich alle lange engagiert, was heute nicht selbstverständlich sei; es sei schwierig, Leute zu finden. Er möchte es nicht versäumen, diesen Personen aus seiner Fraktion zu danken für die hier geleistete Arbeit. Sie würden durch die FDP an ihrem Neujahrsanlass noch gebührend verabschiedet. Trotzdem wolle er heute den Mitgliedern, welche aufhören würden, schon ein kleines Präsent überreichen. Er wünsche allen für die bevorstehenden Festtage alles Gute.

Christian Spycher dankt namens der SVP-Fraktion dem langjährigen Mitglied Christian Staub für seine 12 Jahre harte Arbeit im Gemeinderat und für die vorangegangenen Jahre im Grossen Gemeinderat. Die Fraktion wünsche Christian Staub nur das Beste und viele grosse Frühstückseier; man habe von der eigenen "Hühnerfarm" gehört (*er überreicht ihm ein Geschenk*). Man freue sich auf das stimmige Abschiedsfest und er schliesse mit den Worten von Christian Staub: "*uf Wiederluege, Adieu, Tschüss, Goodbye*".

Die SVP-Fraktion bedanke sich ebenfalls bei Fritz Schwander für seine 12-jährige Arbeit im Grossen Gemeinderat und seine 8-jährige Kommissionsarbeit. Die SVP wünsche ihm nur das Beste und freue sich, ihn auf der Veloroute Gümligen-Langenthal anzutreffen (*er überreicht ihm ein Geschenk*).

Gabriele Siegenthaler Muinde erklärt, die forum-Fraktion müsse leider, leider Stefan Kempf aus ihrer Fraktion entlassen, da er beschlossen habe, nicht mehr anzutreten bei den Wahlen. Er sei ein fundierter, unaufgeregter Experte gewesen und habe viel zur internen Meinungsbildung beigetragen, was die Fraktion sehr geschätzt habe. Das forum sei froh, dass er ihm in der Planungs- und Verkehrskommission noch erhalten bleibe. Dass er nicht nur in der Politik etwas auf dem Kasten habe, wisse man spätestens seit der Premiere seines Films über das Worber Jugendblasorchester und sie hoffe, dass er nach seinem Rücktritt aus dem GGR mehr Zeit für diese Neigungen habe. Das forum freue sich aber, wenn er weiterhin aktiv die Politik verfolge und ab und zu intern bei der forum-Fraktion-Meinungsbildung zur Verfügung stehe. Sie bedanke sich bestens bei Stefan Kempf.

Beat Schneider (SP) erklärt, er wolle doch noch kurz das Wort ergreifen und Beat Wegmüller offiziell aus dem Parlament entlassen. Er habe während den letzten drei Legislaturen hier im Rat Spuren hinterlassen und die Latte für die Nachfolgenden hoch gelegt. Speziell verabschiedet werde ihn die SP-Fraktion natürlich an ihrer Parteiversammlung, welche demnächst stattfinde. Er bedanke sich bei Beat Wegmüller bestens für die geleisteten Dienste. Er werde schwer zu ersetzen sein, aber es würden andere nachrücken und dann werde es halt anders weitergehen.

Die Vorsitzende führt aus, da sie im Januar keine Abschiedsrede halten könne, mache sie dies jetzt. Für sie gehe ein spezielles Jahr vorbei, nicht nur, weil die Kinder ausgezogen seien oder die Katze verreist und nicht mehr nach Hause gekommen sei. Auch nicht, weil sie zum ersten Mal nach 35 Jahren am Gymnasium auf Matura-Reise haben gehen können. Nein, als Parlamentspräsidentin! Es sei spannend gewesen und nicht immer leicht für sie, nicht ins Tagesgeschäft einzugreifen, beispielsweise auch gerade heute bei der Schuldebatte. Aber sie habe sich Mühe gegeben und sei – meistens – still gewesen und habe nichts dazu gesagt. Das Amt



sei wegen allen Ratsmitgliedern für sie zum Erfolgserlebnis geworden. Der Fraktion danke sie an dieser Stelle ganz herzlich dafür, dass sie überhaupt intern gewählt worden sei; sonst wäre sie nämlich nicht vor 3 Jahren als 2. Vizepräsidentin, dann als Vizepräsidentin und nun als Präsidentin in Frage gekommen. Sie danke aber auch allen Ratskolleginnen und Ratskollegen ganz herzlich. Es sei nicht selbstverständlich, dass faire Voten gehalten, sachliche Diskussionen geführt worden seien und dass sie vor allem immer vorher die notwendigen Informationen erhalten habe. So hätten gewisse Sachen schon vorgängig geregelt werden können und sie sei nicht vor ein "fait accompli" gestellt worden und dadurch ins Schwimmen geraten. Dies habe es auch ermöglicht – wie es hier gehandhabt werde –, Sachpolitik vor Parteipolitik zu stellen. Dies bedeute hohe Lebensqualität für alle hier in der Gemeinde. Es gebe andere Gemeinden, nicht weit von hier weg, wo es etwas anders laufe. Ebenfalls möchte sie sich ganz herzlich für die unbürokratische Mithilfe bei den Apéros bedanken. Es sei ein "highlight" gewesen, wie alle Angefragten jeweils geholfen hätten. Sie sei froh, dass das Amtsjahr vorbei sei, sonst müsste man langsam anbauen; es sei immer mehr und mehr gekommen und der Raum wäre vielleicht mit den stetig wachsenden Apéropenden nicht mehr gross genug gewesen. Auch die Diskussionen und Gespräche, die dabei hätten stattfinden können, seien für die Zusammenarbeit sicher förderlich gewesen. Ebenfalls bedanke sie sich bei Tinu Grütter, der jeweils die Getränke bereitgestellt habe und bei Daniel Bärtschi, der die Kaffeemaschine zur Verfügung gestellt habe. Sie möchte es aber nicht unterlassen, auch dem nun etwas geschrumpften Büro ganz herzlich zu danken. Allen voran Walter Thut, der, wenn sie – wie Beat Schneider jeweils gesagt habe – unters Tram gekommen wäre, immer da gewesen wäre und sie ersetzt hätte; er habe dies ja in der September-Sitzung auch gemacht. Ebenfalls danke sie Joe Brunner und dem abwesenden Markus Reimers, welche die Stimmzählung mit Bravour gelöst hätten. Sie könne allen, die noch nie da oben gewesen seien, bestätigen, dass es nicht so einfach sei. Sie wisse nicht, ob die Androhung des Aufstehens dazu beigetragen habe, dass alle schön brav und relativ lange die Hände oben gehalten hätten. Tinu Grütter danke sie auch für den technischen Support; sie habe schon Mühe, einen Computer zu starten. Auch den Pressevertretern danke sie ganz herzlich für deren Interesse und die regelmässige Berichterstattung; auch wenn es manchmal vielleicht etwas mehr sein könnte, wenn sie sehe, was über die Stadt Bern geschrieben werde. Last but not least möchte sie es nicht unterlassen, Karin Pulfer und Anni Koch ganz herzlich zu danken. Es sei nicht selbstverständlich, dass man auf ein so grosses Wissen und eine so grosse Unterstützung zählen könne, wenn man hier oben sitze. Es erleichtere einem sehr viel, wenn man wisse, dass nicht ganz alles falsch gewesen sei, wenn Karin Pulfer nie nach hinten schaue. Ein intensives, spannendes Jahr gehe vorbei, welches für sie durch die Anwesenheit von Peter Reber an der ersten Sitzung bereits mit einem Höhepunkt gestartet sei – sie habe ihn übrigens heute angerufen und gefragt, ob er für das Apéro kommen möchte; aber er habe leider keine Zeit – und welches mit der heutigen Sitzung seinen Abschluss nehme. Ob dies auch das vorläufige Ende ihrer politischen Tätigkeit in der Gemeinde bedeute, würden die Wahlergebnisse am kommenden Sonntag zeigen. Sie könne aber sagen, dass sie sich auf jeden Fall weiterhin nicht nur im Sportbereich für hohe Leistungsqualität in der Gemeinde einsetzen werde. Zum Schluss etwas in Anlehnung an das Blatt mit dem Lied von Peter Reber, das sie zu Beginn ihrer Amtszeit hier oben verteilt habe: Die Kunst der Politik in Muri sei, dass man sage, was man möchte, sachpolitisch argumentiere und miteinander lösungsorientiert arbeite.

Walter Thut, 1. Vizepräsident, führt aus, nach dem schönen Applaus sollte eigentlich niemand mehr etwas sagen, sondern höchstens noch die Vorsitzende die Sitzung offiziell beenden. Aber nachdem Ruth Raaflaub nun so viel Dank ausgesprochen und andere auch gedankt hätten, wolle er auch noch danken, nämlich Ruth Raaflaub. 12 Jahre sei Ruth Raaflaub Mitglied des GGR gewesen, immer willig, tüchtig, beliebt. Diese zwölf Jahre habe sie gut ausgefüllt und mit dem Präsidium krönen dürfen. Es sei sicher schön für sie gewesen, dass sie diese 12 Jahre so habe beenden dürfen. Dies habe man gespürt und dies möge man ihr sehr gönnen. In den vier Jahren, während welchen er mit Ruth Raaflaub zusammen im Rat gewesen sei, habe er sie als sehr engagiert, direkt, spontan und ehrlich erlebt. Taktieren sei nicht ihre Sache, Spiele hinter dem Rücken anderer zu spielen auch nicht. Er habe damit rechnen können, dass sie spontan und geradeheraus sage, was sie denke. Dies habe die Arbeit mit ihr sehr angenehm gemacht.

Nicht zu überhören und zu übersehen sei gewesen, dass sie Lust gehabt habe zu politisieren. Dies sei keine Selbstverständlichkeit und sei im Übrigen auch ansteckend gewesen. Da sie sich in ihrem Präsidialjahr in sachlicher Hinsicht etwas habe zurücknehmen müssen, habe sie anderes gemacht. Sie habe zu allen und zu allem geschaut, habe die Ratsmitglieder mit Isostar und Müesli-Flocken versorgt und sie fit machen wollen. Sie habe wirklich gemacht, was man machen könne. Er danke der Vorsitzenden im Namen des Rats und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute. Jetzt packe sie erst mal zusammen und gehe, aber vielleicht sei sie ja bald zurück hier an diesem Ort. Er kommentiere dies nicht weiter, man werde sehen, was das Schicksal bringe.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Ruth Raaflaub

Anni Koch